

2 **Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/45

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1264

Und:

Anforderungen an eine neu zu erstellende Verordnung zur Selbstüberwachung von Abwasseranlagen – Selbstüberwachungsverordnung – SüwAbw

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1265

Sowie:

Dichtheitsprüfung bürgerfreundlich umsetzen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1270 – Neudruck

APr 16/121

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Ohne Aussprache lehnt der Ausschuss den Gesetzentwurf von CDU und FDP Drucksache 16/45 mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN ab.

Der Gesetzentwurf von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1265 wird sodann mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN angenommen.

Der Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1265 wird anschließend mit den Stimmen von SPD

und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN angenommen

Schließlich wird der Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/1270 – Neudruck – mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN abgelehnt.



Ausschuss für Kommunalpolitik

16. Sitzung (öffentlich)

1. Februar 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:10 Uhr bis 14:00 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Der Ausschuss nimmt die Tagesordnung gemäß Einladung E 16/192 an.

1 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2012 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2013 – GFG 2013)

7

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1402

APr 16/142

Berichterstattergespräch des HFA zum GFG 2013
Vorlage 16/526

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

In Verbindung mit:

Berechnung des Flächenansatzes im Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2013

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/595

Und:

Einwohnerveredlung verfassungswidrig – Urteil des Verfassungsgerichtshofs Sachsen-Anhalt

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/594

Der Ausschuss lehnt sodann den Änderungsantrag der Fraktion der CDU – siehe Anlage zu TOP 1 – mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung von FDP und PIRATEN ab.

Sodann nimmt der Ausschuss das GFG 2013 in der vorliegenden Fassung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN an.

2 Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes**11**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/45

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung des Landeswassergesetzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1264

Und:

Anforderungen an eine neu zu erstellende Verordnung zur Selbstüberwachung von Abwasseranlagen – Selbstüberwachungsverordnung – SüwAbw

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1265

Sowie:**Dichtheitsprüfung bürgerfreundlich umsetzen**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1270 – Neudruck

APr 16/121

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Ohne Aussprache lehnt der Ausschuss den Gesetzentwurf von CDU und FDP Drucksache 16/45 mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN ab.

Der Gesetzentwurf von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1265 wird sodann mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN angenommen.

Der Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1265 wird anschließend mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN angenommen

Schließlich wird der Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/1270 – Neudruck – mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN abgelehnt.

3 Mehr Flexibilität für den Offenen Ganztag im Primarbereich 13

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1473

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, sich an der vom federführenden Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschlossenen Anhörung am 3. Juli 2013 nachrichtlich zu beteiligen.

4 Auswirkungen der betriebsstättenbezogenen Medienabgabe für die Kommunen 14

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/626

Auf Antrag der Fraktion der FDP

- Bericht durch StS Dr. Marc Jan Eumann (MBEM) 14
- Diskussion 15

5 Inklusion: Landesregierung muss (Rechts-)Unsicherheit beenden und endlich Gesetzentwurf vorlegen! 17

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1907

Der Ausschuss kommt überein, an der vom federführenden Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschlossenen Anhörung pflichtig teilzunehmen; die Terminierung steht noch aus.

6 Eckpunkte für eine Reform des Länderfinanzausgleichs und der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen 18

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/1911

Der Ausschuss kommt überein, an der vom federführenden Haushalts- und Finanzausschuss beschlossenen Zuziehung von Sachverständigen pflichtig teilzunehmen. Die entsprechende Sitzung findet voraussichtlich im 1. Halbjahr 2013 statt.

7 Gesetz zur Änderung des Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetzes – AAVG und zur Änderung anderer wasserrechtlicher Vorschriften 19

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/1821

Der Ausschuss kommt überein, sich an der vom federführenden Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz avisierten Anhörung pflichtig teilzunehmen.

8 Gesetz zur Zweckbindung der dem Land Nordrhein-Westfalen nach dem Entflechtungsgesetz aus dem Bundeshaushalt zustehenden Finanzmittel (Entflechtungsmittelzweckbindungsgesetz) 20

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/748

Ausschussprotokoll 16/143

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss kommt auf Bitte der CDU-Fraktion überein, kein Votum an den federführenden Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr abzugeben.

9 Verschiedenes**21****9.1 Statistische Grundlagendaten des Stärkungspaktgesetzes**

Nach dem zwischenzeitlich vom Minister erneut unterbreiteten Angebot, Detailfragen zu den statistischen Grundlagendaten mit IT.NRW und dem Fachministerium zu erörtern, verständigt sich der Ausschuss auf folgenden Teilnehmerkreis seitens der Fraktionen: Frank Börner (SPD), André Kuper, (CDU) Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE), Kai Abruszat (FDP), Robert Stein (PIRATEN) sowie die jeweiligen Referenten.

9.2 Ausschussreise

Der Vorsitzende beabsichtigt, am Rande des Plenums Ende Februar zu einem Obleutegespräch einzuladen, um eine Lösung unter Einbeziehung der Vorschläge aus den Fraktionen zur einvernehmlichen Beschlussfassung im Ausschuss vorzubereiten.

Nächste Sitzung: 18. Februar 2013 (Anhörung)**21**

* * *